

Aus dem Kreistag

Das wohl umstrittenste Thema der jüngsten Kreistagssitzung war der Antrag der SPD „Nachmittagsbetreuung an Grundschulen“.

Ziel der SPD-Fraktion ist eine Initiative zur Einführung einer kreisweiten Sozialstaffel für die Betreuung an Grundschulen, weil der Bedarf stetig steige und es immer mehr Eltern gebe, die sich den Kostenbeitrag nicht leisten könnten.

Für die CDU ergriff Ortwin Schmidt das Wort, der deutlich machte, dass Schulkinderbetreuung in der Grundschule nicht vergleichbar sei mit Hortbetreuung in der Kita. Im Kreis Pinneberg gebe es ein gewachsenes System von Schulkinderbetreuung, das in den einzelnen Orten sehr unterschiedlich aufgebaut, auch von ehrenamtlichen Strukturen geprägt sei und von Schulen, Schulvereinen und Schulträgern organisiert werde.

Dazu gebe es unterschiedliche Formen von Bezuschussungen der Städte und Gemeinden. Dieses System sollte nicht leichtfertig und überstürzt durch Eingriffe des Kreises gegen die Wand gefahren werden.



Ortwin Schmidt

Die Entwicklung im Kitabereich sei im Umbruch. Das neue Kitagesetz des Landes werde hier Veränderungen in der Finanzierung bringen, und auch die Einführung einer Landessozialstaffel sei in der Entwicklung.

Diese werde die Schulkinderbetreuung zwar wahrscheinlich nicht einbeziehen, wohl aber neue Maßstäbe setzen. Es werde die Problematik der gleichzeitigen Betreuung von Geschwistern einerseits in der Kita und andererseits in der Schulkinderbetreuung behandeln und den Kreisen dort Handlungsfelder aufzeigen.

Das sei für den Kreis Pinneberg von Bedeutung, weil es hier ein anderes System der Sozialstaffel gebe als in anderen Kreisen des Landes.

Der Kreis Pinneberg trage im Kitabereich die Kosten der Sozialstaffel und zahle dafür nur relativ geringe Betriebskostenzuschüsse. Bei einer landesweiten Abrechnung einer Modellkita werde es hier zu Veränderungen kommen. „Diese müssen wir im Jugendhilfeausschuss aufmerksam begleiten“, so Ortwin Schmidt im Kreistag.

Das Thema Schulkinderbetreuung betreffe allerdings die Schulen, und deshalb sollte es zunächst im Schul-Ausschuss behandelt und weiter untersucht werden. Daher beantrage die CDU die Verweisung des Antrages auch in den Schulausschuss.

„Welche Gespräche der Landrat mit den Verwaltungsleitern und Bürgermeistern führt, wird er sicher selbst einschätzen und die Erkenntnisse der Verwaltung uns in den Ausschüssen widerspiegeln“, so Ortwin Schmidt zu dem Ansinnen der SPD, den Landrat per Beschluss aufzufordern, die Mitteilung "Sozialstaffel für die Nachmittagsbetreuung an Grundschulen/Hortbetreuung" an alle kreisangehörigen Kommunen weiterzuleiten mit der Bitte, sie über die Einführung einer Sozialstaffel in Kenntnis zu setzen und gleichzeitig um eine zeitnahe Rückmeldung zu bitten, ob sie diese befürworten und sich ggf. anteilig an den Kosten beteiligen würden.

Bei einer Nein-Stimme aus der KWGP und Enthaltungen der SPD und der AfD folgten Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und die CDU dem Antrag von Ortwin Schmidt.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

dass Sie innerhalb kürzester Zeit nun erneut einen NewsLetter der Kreistagsfraktion erhalten, liegt letztlich daran, dass am 6. Februar die erste Sitzung des Pinneberger Kreistages stattfand und wir Sie gern darüber auf dem Laufenden halten wollen.

Es ist überaus erfreulich, dass die CDU nach der Kommunalwahl und den daraus resultierenden Mehrheitsverhältnissen sich immer öfter mit ihren Anträgen durchsetzt. Besonders deutlich geworden ist es bei dem SPD-Antrag zur Nachmittagsbetreuung an Grundschulen, mit dem die Sozialdemokraten einmal mehr den Kommunen in die Tasche greifen wollen.

Etwas aus dem Rahmen fiel das Thema zur „Aktuellen Stunde“, das das jüngste Mitglied der Grünen und des gesamten Kreistages beantragt hatte: Seenotrettung von Flüchtlingen. Auch wenn es sich hierbei um ein welt-, europa- und bundespolitisches Thema und weniger um eine Angelegenheit des Kreises Pinneberg handelt, so gilt unser Respekt und unsere Anerkennung dem Mut und der Empathie, mit der die junge Frau ihr Anliegen der Öffentlichkeit vermittelte.

Auf jeden Fall war mir diese Aktion sympathischer als der krampfhaftes Versuch der SPD, mit ihrem Antrag zur Sozialstaffel auf Kosten der Kommunen ihr Profil bei ihren noch verbleibenden Wählern zu schärfen.

Herzlichst, Ihre

Heike Beukelmann, Fraktionsvorsitzende



Heike Beukelmann

Aktuelle Stunde

zum Thema „Seenotrettung im Mittelmeer“

Dass heute noch im Mittelmeer tagtäglich Menschen sterben, ist für uns gerade als christliche Partei eine inakzeptable Situation. Viele Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, aber auch aus anderen Gründen, riskieren ihr Leben, indem sie gefährliche Routen über das Meer nehmen. Man darf davor die Augen nicht verschließen, und in Anbetracht der weltweit steigenden Flüchtlingszahlen ist es unsere humanitäre Pflicht, alles zu tun, um Flüchtlingsschiffe in sichere Häfen zu bringen. Das Land Schleswig-Holstein ist solch ein „sicherer Hafen“.

So begann CDU-Fraktionschefin Heike Beukelmann ihren Wortbeitrag anlässlich der „Aktuellen Stunde“ im Kreistag. Zu Beginn drückte sie der jungen Frau, die diese Aktuelle Stunde angemeldet hatte, jedoch ihren Respekt aus und begrüßte trotz aller unterschiedlicher Auffassungen deren Engagement, sich für Flüchtlinge einzusetzen.

Heike Beukelmann verwies auf das gerade angelaufene Landesaufnahmeprogramm, das Menschen, die aufgrund ihrer körperlichen und seelischen Konstitution oder aufgrund ihrer besonderen sozialen Situation stark beeinträchtigt seien, Aufnahme und Hilfe gewähren solle. Mit einem Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP habe der Landtag die Landesregierung aufgefordert, dieses Landesaufnahmeprogramm gemäß § 23 Abs. 1 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet aufzulegen. Demnach sollten 500 besonders schutzbedürftige Geflüchtete aufgenommen werden. Vorrangig solle es sich um Frauen und Kinder handeln.

Dieser Antrag sei einstimmig bei Enthaltung der AfD angenommen worden. Insofern werde das Land seiner humanitären Verantwortung in ganz besonderer Weise gerecht. „Es ist ein starkes Signal des Landtags für eine humanitäre und gesteuerte Flüchtlingsaufnahme und es betont, dass die humanitären Grundsätze wie auch die Verpflichtung, verfolgten Menschen Schutz zu gewähren, trotz des aktuellen Diskurses weiter Bestand haben“, so die CDU-Fraktionsvorsitzende.

Darüber hinaus nehme der Kreis Pinneberg eine ganz besondere Rolle ein, denn hier seien bei weitem die meisten Flüchtlinge im ganzen Land aufgenommen worden, um ihnen eine sichere Bleibe anzubieten. Somit sei der Kreis Pinneberg in den letzten Jahren zu einem sicheren Hafen für ca. 5.000 Flüchtlinge geworden, die mit großer Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen worden seien.



Aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer

„Diesen Bürgerinnen und Bürgern gilt an dieser Stelle unser besonderer Dank. Die Pflicht zur Seenotrettung ist ein Gebot der Menschlichkeit und für uns eine Selbstverständlichkeit. Dabei darf Bundes-, Landes- und kommunales Recht natürlich nicht außer Acht gelassen werden. So appellieren wir an alle demokratischen Kräfte, die Menschen, die sich freiwillig für Flüchtlinge einsetzen, auch weiterhin bei ihren Bemühungen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen“, so Heike Beukelmann.

Zum Bericht der Gleichstellungsbeauftragten sprach Sonja Wehner, fachpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion:

Das Thema Gleichstellung wird von vielen belächelt, erstaunlicherweise auch von vielen Frauen. Man hört gerade auch von Frauen Sätze wie zum Beispiel:

„Das schaffe ich auch alles ohne Gleichstellungsbeauftragte“.

„Warum gibt es das überhaupt noch, ich bin ja gleichberechtigt“.

Ja, natürlich schafft man es, einen guten Job auch ohne Gleichstellungsbeauftragte zu bekommen und natürlich sind viele Bereiche des Lebens gefühlt gleichberechtigt. Und natürlich sind wir Frauen grundsätzlich nach dem Grundgesetz gleichgestellt.

Viele Teile Ihres Berichtes, sehr geehrte Frau Frahm, lassen einen dann doch aufhorchen. Dazu gehört zum Beispiel gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit. Wenn man in der freien Wirtschaft arbeitet, ist dies bei ca. 21 % der arbeitenden Frauen eben nicht der Fall.

Auch bei der Besetzung von Arbeitsstellen und Aufstiegsmöglichkeiten sind Frauen nur theoretisch gleichberechtigt. Als Personalberaterin in der freien Wirtschaft könnte ich hier abendfüllend von zahlreichen Ungleichbehandlungen erzählen.

Nach 100 Jahren Frauenwahlrecht haben Frauen – insbesondere Frauen mit Kindern – es noch immer schwerer, in der Politik Fuß zu fassen. Ob eine gesetzlich verordnete Parität wie in Brandenburg sinnvoll ist, sei dahingestellt.



Sonja Wehner

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss hier um die Vereinbarkeit von Familie und Politik erweitert werden. Ihre Workshopreihe „Frauen in die Kommunalpolitik“ zeigt dies deutlich.

Es gibt viele Themen in Ihrem Bericht, die eben zeigen, dass Gleichstellung noch immer für uns Frauen von Bedeutung ist. Frau Frahm, vielen Dank für Ihren Bericht und Ihr Engagement.

Ich freue mich schon jetzt auf die weitere Zusammenarbeit im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren.



Im Profil: Tobias Löffler

ist mit seinen 25 Jahren nicht nur politisch, sondern auch beruflich ein echter Hoffnungsträger. Seit 2 Monaten ist er als Assistenzarzt in der Weiterbildung für Innere Medizin und Pneumologie in der Regio-Klinik Wedel tätig. Zuvor hatte er sein Medizin-Studium an der Uni Hamburg und im UKE absolviert.

Seit 2013 ist er Ratsmitglied in Schenefeld. Bürgerliches Mitglied war er bereits 2011 mit gerade einmal 18 Jahren. Drei Jahre später wurde er Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur.

2018 wurde er direkt in den Kreistag wiedergewählt. Seit 2013 gehörte er bereits der CDU-Kreistagsfraktion als Mitglied im SKS und seit 2017 als Abgeordneter und fachpolitischer Sprecher für Umwelt, Sicherheit und Ordnung an.

Hier möchte er die erfolgreiche Arbeit der CDU fortführen. So ist es ihm wichtig, dass der Kreis Pinneberg weiterhin Vorreiter in Sachen Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein bleibt. Das wird deutlich durch die Aufstockung der Mittel auf nunmehr 500.000 € jährlich, die moderne Rettungsleitstelle, den Einsatz für den Erhalt der Tauchergruppe und nicht zuletzt durch den Grundlagenvertrag mit dem Kreisfeuerwehrverband.

Tobias Löffler möchte beweisen, dass die CDU Umweltpolitik kann - auch niederschwellig, pragmatisch und im Einklang mit Bürgerinteressen, Wirtschaft sowie Land- und Baumschulwirtschaft.

Es gelte, ohne unnötige Vorschriften und Verbote Energie- und Verkehrspolitik langfristig in neuen Technologien zu planen, Einzelprojekte, z.B. für den Bienenschutz, regionale Pflanzungen oder den Kampf gegen invasive Arten finanziell zu unterstützen, anstatt teure Konzepte in Auftrag zu geben. Biodiversität müsse gefördert und Klimaschutz vorgelebt werden.

Darüber hinaus setzt Tobias Löffler sich ein für neue Konzepte für Altpapier- und Glasrecycling, die Einführung der gelben Tonne und neue Recyclinghöfe im Kreis.

Mit seinem großen Engagement ist Tobias Löffler ein wichtiges Glied im erweiterten Fraktionsvorstand.

Splitter aus dem Kreistag

Der Kreistag hat einstimmig für den neuen Grundlagenvertrag mit dem Kreisfeuerwehrverband gestimmt.

Der erste Vertrag war 1964 geschlossen worden. 1996 erfolgte eine erste Überarbeitung. Jetzt erfolgte die Anpassung an neue Richtlinien und Gesetze wie z.B. neue Vorgaben im Brandschutzgesetz und erstmals auch zum Arbeitsschutz. Die Fachaufsicht über das eingesetzte Personal liegt künftig beim Verband, die Dienstaufsicht bei der Kreisverwaltung. Dadurch entsteht Rechtssicherheit für beide Vertragspartner. Die Kostenverteilung wird jetzt klarer beispielsweise durch die Erstellung von Inventarlisten. Tobias Löffler würdigte im Namen der CDU-Fraktion das besondere Engagement der ehren- und hauptamtlichen Feuerwehrleute, Diese wendeten nicht nur Ihre Zeit und Energie auf, sondern leisteten ihren Dienst auch unter Einsatz der eigenen Gesundheit.

Weiterhin dankte er Verwaltung und Kreisfeuerwehrverband für die schwierige, aber konstruktive Arbeit bei der Überarbeitung des Vertrags und die über Jahrzehnte bewährte Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Auch in Zukunft werde die Fraktion darauf achten, dass die Ausstattung mit Gerät und Finanzen den Anforderungen entspreche.

Eintragung ins Bürgerbuch

Kreispräsident Helmuth Ahrens hat vor Eintritt in die Tagesordnung drei Frauen für ihr bürgerschaftliches Engagement für den Kreis Pinneberg mit der Eintragung in das Bürgerbuch des Kreises Pinneberg geehrt: Rosa Hipp aus Uetersen, Gila Klein aus Pinneberg und Manuela Bodschinna aus Helgoland.



Pinneberg bleibt Kreisstadt

Nun ist es schwarz auf weiß festgeschrieben. Der Kreistag hat einstimmig eine Änderung der Hauptsatzung beschlossen, aus der hervorgeht, dass die Verwaltung ihren Sitz in Elmshorn hat und die Ausschüsse dort tagen. Der Kreistag aber hat seinen Sitz in Pinneberg. Damit ist Pinneberg Kreisstadt.

TERMINE

Montag, 18.2.2019, 19.30 Uhr:
Geschäftsführender CDU-Fraktionsvorstand –
Pinneberg, KGS

Mittwoch, 20.2.2019, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion –
Elmshorn, Kreishaus

Montag, 25.2.2019, 14.00 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Kreis-Seniorenbeirats –
Elmshorn, Kreishaus

Montag, 25.2.2019, 19.30 Uhr:
Erweiterter CDU-Fraktionsvorstand –
Pinneberg, KGS

Dienstag, 26.2.2019, 18.30 Uhr:
Sitzung Finanzausschusses –
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 27.2.2019, 16.30 Uhr: Öffentliche
Sitzung des Hauptausschusses –
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 27.2.2019, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion –
Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 28.2.2019, 18.30 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Sicherheit und Ordnung – Elmshorn, Kreishaus

Montag, 04.3.2019, 19.30 Uhr:
Erweiterter CDU-Fraktionsvorstand –
Pinneberg, KGS

Mittwoch, 6.3.2019, 18.00 Uhr: Öffentliche
Sitzung des Kreistages – Pinneberg,
Ratssitzungssaal

Donnerstag, 7.3.2019, 18.00 Uhr: Sitzung der
AG Klimaschutz
Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 7.3.2019, 18.00 Uhr:
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit, Gleichstellung und Senioren –
Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 12.3.2019, 18.30 Uhr: Öffentliche
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,
Regionalentwicklung und Verkehr –
Elmshorn, Kreishaus

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion
im Pinneberger Kreistag

Redaktion und Produktion:
Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, Burkhard E. Tiemann

Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de